

Die südkoreanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Allgemeine Entwicklungen

Vier zentrale Ereignisse prägten die Innenpolitik Südkoreas 1996/97 und versetzten die Öffentlichkeit in Turbulenzen. Das Jahr 1996 wurde zweifellos von den Prozessen gegen die Expräsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo beherrscht: Begleitet von Studentendemonstrationen und heftigen Pressekommentaren stand die jüngste koreanische Vergangenheit vor Gericht, die für 18 Jahre Diktatur Verantwortlichen wurden zur Rechenschaft gezogen. Das zweite Ereignis, das zu innenpolitischen Unruhen führte, war der große Streik südkoreanischer Arbeitnehmer gegen eine Liberalisierung - manche nannten es Flexibilisierung - des Arbeitsrechts; es folgte der Hanbo-Zusammenbruch und der damit verbundene Bestechungsskandal vom Januar 1997, der wie kaum eine andere Affäre der vergangenen Jahre höchste Politiker verwickelt sah - einschließlich des Sohnes von Präsident Kim Young-sam. Das Jahr 1997 wurde über weite Strecken geprägt vom Positionierungskampf der Kandidaten für die Nachfolge Kim Young-sams, dem vierten großen Ereignis der Jahre 1996/97, das zwar erst im Dezember 1997 stattfindet, aber schon in den ersten Monaten des Jahres das politische Leben beeinflusste.

Wenige Monate vor dem Ende seiner fünfjährigen Amtszeit stand Präsident Kim Young-sam vor den Trümmern seiner Reformpolitik. Als er 1993 ins Amt kam, begann er mit einer rigorosen Antikorruptionskampagne, die nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch in der Armeeführung zu eindrucksvollen Anfangserfolgen führte. Eine der großen Errungenschaften der Reformpolitik Kim Young-sams schien anfangs auch die Eliminierung des Systems von Decknamenkonten von Privatkunden und finanziellen Transaktionen unter Tarnnamen in koreanischen Banken. Aber bereits zu Beginn 1997 wurde die Pflicht zur Führung von Echtnamenkonten und das Verbot von Transaktionen unter Decknamen aufgeweicht: Der neue Finanzminister (seit März, s.u.) und stellvertretende Ministerpräsident Kang Kyung-shik stellte schon kurz nach seiner Ernennung Anfang Mai 1997 in Aussicht, daß die rigorosen Reformverordnungen gemildert werden sollten; statt auf Bekämpfung von Korruption sollten die Maßnahmen stärker auf faire Besteuerung zielen. Damit sprach Kang die riesige koreanische Schattenwirtschaft an, die auf 10 Prozent des koreanischen BSP geschätzt wird; wenn diese Schätzung zutrifft, umfaßt das Volumen der Schattenwirtschaft (Untergrundwirtschaft) 39 Trillionen Won. Diese Mittel sollten nach Auffassung des Finanzministers über Finanzinstitutionen geordnet den Industriesektoren zugeleitet werden, dabei würden die Herkunft unaufgeklärt bleiben

und Verfügungsberechtigte der Mittel nicht zur Rechenschaft gezogen. Kang hat sich wiederholt gegen Steuerprüfungen bei Decknamenkonten ausgesprochen, da solche Maßnahmen nach seiner Auffassung verheerende Wirkungen auf die koreanische Wirtschaft haben könnten. Im Jahre 1993 war ein Gesetz in Kraft getreten, das die Benutzung von Deck- und Falschnamen bzw. Namen von Strohmännern bei allen finanziellen Transaktionen verbot, viele Beobachter machen dieses Gesetz zumindest teilweise für die Wirtschaftsflaute verantwortlich, da es den Cashflow vor allem für Klein- und Mittelunternehmen blockiert. Kang wurde bei seinem Vorstoß von Regierungschef Koh Kun und offensichtlich auch aus dem Präsidialamt gestützt, damit wäre eine wesentliche Reform verwässert (*Korea Herald, KH*, 7.5.97; *Korea News-review, KNR*, 15.3.97:8/9).

Die Mitgliedschaft Südkoreas in der OECD und die Unzufriedenheit des Präsidenten mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes führten im Dezember 1996 zu einer teilweisen Kabinettsumbildung, bei der einige wirtschaftsbezogene Schlüsselressorts umbesetzt wurden. So wurde der Handelsminister entlassen, an seine Stelle trat ein Karrieretechnokrat, der nach Auskunft eines Präsidentensprechers wegen seiner Erfahrungen in Handelsfragen und seiner Sprachkenntnisse benannt wurde - im Umkehrschluß ließe sich daraus folgern, daß der bisherige Amtsinhaber vor allem wegen seiner parteipolitischen Bindungen nominiert worden war. Insgesamt wurden acht Minister ausgewechselt, und die Neubesetzungen dieser Ämter zeugten teilweise auch schon von den bevorstehenden Wahlkämpfen um die Präsidentschaft: Präsident Kim benannte für den Posten des Landwirtschaftsministers und für das Umweltressort zwei Politiker aus Süd- und Nord-Cholla, der Hochburg Kim Dae-jungs und seines National Congress for New Politics (NCNP) (*KNR*, 28.12.96:8/9). Schon im Oktober und im November hatte es Veränderungen im Kabinett gegeben: Nach dem Eindringen und der Strandung des nordkoreanischen Spionage-U-Boots am 19. September hatte Kim das Kabinett umgebildet; Grund war dabei seine Verärgerung über die Tatsache, daß die nordkoreanischen Infiltratoren unbemerkt landen konnten. Nicht nur der Verteidigungsminister wurde durch den ehemaligen Vorsitzenden der Stabschefs ersetzt, sondern auch eine ganze Reihe hoher Militärs wurden gemaßregelt (*KNR*, 26.10.96:8). Im November trat Außenminister Gong Ro-myung zurück, Nachfolger wurde der Präsidentenberater für Fragen der nationalen Sicherheit und Außenpolitik Yoo Chong-ha. Der Rücktritt Gongs war von Spekulationen begleitet, obwohl Gesundheitsgründe genannt wurden (*KNR*, 9.11.96:4). Gong galt als vorzüglicher Japan-Fachmann, und in der japanischen Presse wurde der Zeitpunkt des Rücktritts als denkbar unglücklich bezeichnet, da die bilateralen Beziehungen wieder einmal eine Krisenphase durchmachten (*Nihon Keizai Shimbun*, 6.11.96). Das Jahr 1997 versuchte der Präsident mit neuem Schwung zu beginnen, vier Aufgaben wollte er in der verbleibenden Amtszeit lösen: den Kampf gegen die Korruption fortsetzen (alle Schuldigen im Hanbo-Skandal sollten zur Rechenschaft gezogen werden), wirtschaftliche Erholung, Stärkung der Landesverteidigung und Sicherung eines fairen Ablaufes des Präsidentschaftswahlkampfes (*KNR*, 1.3.97:6). Wie immer, wenn der Präsident einen Neuanfang proklamierte,

stand an diesem Anfang eine umfassende Kabinettsumbildung: Ministerpräsident Lee Soo-sung (kurz zuvor noch vom Präsidenten als unverzichtbar bezeichnet) mußte Koh Kun weichen, der eine „transparente Regierung mit offenen Entscheidungsprozessen“ versprach. Lee wurde Berater der Neuen Korea-Partei (NKP), konnte also noch auf eine Nominierung als NKP-Präsidentschaftskandidat hoffen. Die Benennung Koh Kuns als Ministerpräsident war eine politische Entscheidung mit offenkundiger Signalwirkung wie schon bei der Kabinettsumbildung im Dezember: Koh stammt aus Nord-Cholla, der Heimatregion Kim Dae-jungs. Kim Youngsam wollte mit dieser Benennung nicht nur das Image bekämpfen, er besetze Kabinettsstellen mit Persönlichkeiten aus seiner Heimatregion und aus bestimmten akademischen Seilschaften, sondern auch eine Aufwertung der traditionell diskriminierten Cholla-Region signalisieren - was „seinem“ Kandidaten in den Präsidentschaftswahlen sicher nutzen konnte. In die gleiche Richtung weist auch die Ernennung eines Cholla-Mannes für den einflußreichen Posten des Präsidialsekretärs für politische Fragen im Chong Wa Dae (Präsidentenpalast, d.h. Präsidialamt). Ministerpräsident Koh Kun war früher Gouverneur von Süd-Cholla und fungierte unter Park Chung-hee als Präsidialsekretär für politische Fragen; unter Chun Doo-hwan war er dreimal Minister, unter Roh Tae-woo war er Bürgermeister von Seoul. 1990 entließ Roh ihn als Bürgermeister, da er sich geweigert hatte, spezielle Landerschließungsrechte für den Hanbo-Konzern zu gewähren. Roh hatte damals von Hanbo Bestechungsgelder für dieses Projekt erhalten (*KNR*, 8.3.97:6/7). Finanz- und Wirtschaftsminister, zugleich stellvertretender Regierungschef wurde Kang Hyung-shik, der unter Chun Doo-hwan schon Finanzminister gewesen war. Insgesamt wurden zehn Posten neu besetzt, wobei die Ministerien, die für sicherheitspolitische Fragen zuständig sind, nicht umbesetzt wurden. Besonderes Aufsehen erregte die Ablösung des Innenministers Suh Chung-hwa, der erst drei Wochen vor der Kabinettsumbildung ernannt worden war; Suh war an die Stelle Kim Woo-suks getreten, der wegen Verwicklung in den Hanbo-Skandal in Haft genommen wurde. Als Begründung wurde die Tatsache genannt, daß Regierungschef Koh früher im Innenministerium unter Suh gedient hatte und dieser damit in ein Senioritätsdilemma geraten wäre (ebd.).

Eine weitere Kabinettsumbildung folgte im August 1997, jetzt waren von 22 Ressorts elf betroffen, jedoch keine Schlüsselministerien wie im Wirtschaftsbereich, in der nationalen Verteidigung oder in den auswärtigen Beziehungen. Ein Sprecher des Präsidenten betonte, daß die Kabinettsumbildung auf eine „faire Wahlabwicklung im Dezember“ ziele und dazu beitragen solle, „die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Nation zu überwinden“, dabei habe der Präsident den Regierungschef und zwei stellvertretende Ministerpräsidenten im Amt belassen, um in den wichtigsten politischen Fragen Kontinuität zu wahren. Aber die Umbildung betraf alle Minister, die Abgeordnetenmandate halten oder zur NKP gehören, damit wollte Präsident Kim eine völlig parteineutrale Wahl im Dezember sicherstellen (*KH*, 6.8.97). Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanz-/Wirtschaftsminister Kang Kyung-shik, der nicht ausgewechselt wurde, wird wahrscheinlich aus der NKP austreten (*KNR*, 9.8.97:9).

Kim Young-sam war als Kämpfer gegen Korruption angetreten, Anfang 1997 sah sich der Präsident selbst in den Hanbo-Skandal verwickelt, sein Sohn sitzt wegen passiver Bestechung in Haft. Mit neuem Kampfgeist hatte der Präsident das Jahr 1997 begonnen, galt es doch einen eigenen Protegé als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufzubauen. Wenig später aber sah sich Kim gezwungen, im Fernsehen eine demütigende Entschuldigung gegenüber dem koreanischen Volk aussprechen zu müssen: Es habe ihm an „Tugend“ gefehlt (*Economist*, 5.4.97:65). Die Popularitätskurve des Präsidenten hat zwischen 1993 und 1997 einen Absturz erlebt: Mit einer Zustimmungsrate von 79,2% kam er ins Amt, im Januar 1997 war diese Rate bis auf 13,9% abgesackt. Nach einem vorübergehenden Hoch von 58,5% im Jahre 1995, als Kim seine beiden Vorgänger vor Gericht stellen ließ, drückten das neue Arbeitsgesetz, das allein von der NKP durch das Parlament gepeitscht worden war, und die Hanbo-Affäre die Popularitätsraten tief nach unten (*Asahi Shimbun*, 25.5.97). Jetzt wollten auch über 70% der koreanischen Bevölkerung, „wenn nötig“, auch ein Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten. In der Regierung und in seiner Partei NKP suchte Kim Young-sam zwar durch Umbildungen und Neubesetzungen in Führungspositionen frische Kräfte freizusetzen, um Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen, aber diese Versuche schlugen weitgehend fehl. Vor allem die Enttäuschung über das Scheitern des Präsidenten im Kampf gegen die Korruption ist in der koreanischen Bevölkerung weit verbreitet, schlimmer noch: Stimmen mehren sich, daß in einem Land, in dem es schier unauflösliche Bindungen zwischen Politik und Großunternehmen gibt und dessen Gesellschaft von starren Bürokratien beherrscht wird, eine Bekämpfung von Korruption unmöglich ist.

In einer seltenen Enthüllung hat der Chef einer mittelständischen Firma für Golfzubehör offengelegt, welche Beträge er an Beamte zahlen mußte, um eine neue, erweiterte Produktionsanlage in Betrieb nehmen zu können: 30 Mio. Won oder umgerechnet 35.300 US\$ für einen Betrieb im Wert von 153.000 US\$. Es ging um Erweiterungsmaßnahmen in einem Betrieb in den Randgebieten Seouls: Einmal war es ein militärisches Sperrgebiet, das nicht für Erweiterungen genutzt werden durfte (30 Mio. Won halfen dem ab), dann wieder tauchten „rechtliche Probleme“ auf, auch hier half ein substantielles Geldgeschenk (*KH*, 12.3.97). In Südkorea ist ein Entwicklungsmodell, das über Jahrzehnte hinweg - bei allen sozialen Opfern - zu einem Erfolgsrezept geworden war, an seine Grenzen gestoßen: Der planende Staat, der mit seinen Rahmenplanungen in enger Kooperation mit der Wirtschaft in atemberaubender kurzer Zeit das Land Südkorea in eine wirtschaftlich hohe Entwicklungsstufe führen konnte, hat heute Probleme, sich aus dieser Leitungs- und Genehmigungsfunktion zu lösen (*Far Eastern Economic Review*, *FEER*, 19.6.97:5). Ein Staat, der jahrzehntelang durch seine politischen Führer (und durch die Verwaltungsbükratien) über Lizenzen, Devisenzuteilungen, Kredite, Kontrakte entschied und sogar mitbestimmte, in welchen Produktionsbereichen ein Großunternehmen engagiert war (Beispiel: Samsung konnte nur mit Zustimmung der Regierung in den Automobilbau expandieren), ein solcher Staat muß Schwierigkeiten haben, sich aus dieser paternalistischen Funktion zu verabschieden. Umgekehrt haben es auch südkoreanische Unternehmen

schwer, sich aus dem Schatten der Regierung herauszubewegen, das neue Arbeitsrecht (s.u.) war ein Schritt auf diesem Weg.

Parteipolitisches Hickhack um die Nominierungen für die Präsidentschaftskandidaten hat letztlich dazu geführt, daß 1996/97 zentrale Aufgaben der Bekämpfung von Korruption nicht angepackt wurden. Eine Sonderkommission des Parlaments, die Anfang 1996 eingesetzt worden war, sollte institutionelle Reformen ausarbeiten, nach denen die Neutralität der Staatsanwaltschaften und der Polizei sichergestellt würde. Im Ergebnis wurde das Wahlgesetz so geändert, daß Kandidaten, deren Wahlhelfer sich ungesetzlicher Wahlkampfmittel bedienen, nicht automatisch mitschuldig sind, weiter wurde die Zeitspanne, in der solche Wahlhelfer belangt werden können, verkürzt. Damit wurde das Wahlgesetz von 1994 verwässert, das als Durchbruch gegolten hatte. Präsident Kim hatte nach den Parlamentswahlen vom April 1996 noch „zahlreichen“ Abgeordneten angedroht, sie würden wegen Vergehen gegen das neue Gesetz ihre Mandate verlieren, aber nichts geschah. Nach einer Umfrage der Monatszeitschrift *Win* vom November 1996 hielten 72,2% der Bevölkerung die Parlamentarier für korrupt, gefolgt von Bürokraten (71,2%) sowie Beamten der nationalen Steuerbehörden, der Staatsanwaltschaft und der Polizei (Kim, Chang-kuk, „Uprooting Corruption: A Vital Task“, in: *Korea Focus* 5, 1, Jan.-Feb. 1997, S.14-21, hier: S.17).

Präsident Kim hat sich bei seiner Antikorruptionskampagne auf die höchsten Kreise in Politik, Militär und Wirtschaft konzentriert, aber die „kleine, alltägliche Korruption“ auf den mittleren Ebenen außer acht gelassen. So wurden zwar im Oktober 1996 Verteidigungsminister Lee Yang-ho und Gesundheitsminister Lee Sung-ho wegen passiver Bestechung verhaftet, aber kein untergeordneter Bürokrat wurde zur Rechenschaft gezogen (ebd.). Dennoch scheinen Parteien und einzelne Politiker allmählich einerseits unter dem Kostendruck und andererseits unter wachsender Zurückhaltung von Unternehmen zu leiden, ihnen politische Gelder zur Verfügung zu stellen. Die opulenten Spendenparties, sonst ein fester Bestandteil des „fund-raising“, werden nicht mehr so gut besucht, und die Veranstalter verzichten auf üppige Bewirtung; statt dessen zeigen sie Kunstvorführungen, Chorgesang und Blumenausstellungen, sie tragen damit der zunehmenden Zurückhaltung bei politischen Spenden seitens der Unternehmen Rechnung: Korruptionsvorwürfe, aber auch wirtschaftliche Schwierigkeiten lassen die Spenden spärlicher fließen (*KNR*, 7.12.96:7). Korruptionsvorwürfe an die „alten Politiker“ wurden zum festen Bestandteil eines vorgezogenen Präsidentschaftswahlkampfes: Obwohl Kim Young-sam Politiker seiner NKP aufgefordert hatte, auf gegenseitige Attacken zu verzichten, bis ein NKP-Kandidat gekürt wäre, war es gerade der aussichtsreichste Bewerber in der NKP, Lee Hoi-chang, der mit scharfer Kritik an der alten Garde die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Bewerbung eröffnete. „Unehrliche und unmoralische Politiker“ seien in der Öffentlichkeit viel zu lange als selbstverständlich hingenommen worden, Lee bezeichnet solche Politikerveteranen als „Pervertierte“. Die Reaktion in Kreisen der alten Politiker kam umgehend: Ein Assistent des Mitbewerbers um die Kandidatur, Choi Hyung-woo, wertete Lees Angriffe auf die alte Garde als Beweis

für dessen politische Unerfahrenheit. Aber auch die Opposition wurde von Lee nicht geschont, sie wurde ebenfalls wegen politischer Korruption attackiert: Ein Sprecher des KKNP Kim Dae-jungs verlangte von Lee Hoi-chang eine Entschuldigung für seine „skrupellosen“ Äußerungen (*KNR*, 7.12.96:8).

Das Jahr 1996 war insgesamt geprägt von ständig verschärften Konfrontationen zwischen Regierungspartei und Opposition im Vorgriff auf die Präsidentschaftswahlen von 1997. Die Auseinandersetzungen gewannen zusätzlich an Brisanz, weil keines der beiden politischen Lager in der Nationalversammlung über klare Mehrheiten verfügte: Die NKP Kim Young-sams gewann 139 Sitze der 229 Sitze im Parlament, der NCNP von Kim Dae-jung erreichte 79 Mandate, Kim Jong-pils ULD (United Liberal Democrats) lag bei 50 Sitzen, und Unabhängige gewannen 16 Mandate. Die NKP suchte unter den Unabhängigen neue Mitglieder zu gewinnen, was zu einem erbitterten Aufschrei der NCNP und ULD führte; sie warfen der Regierungspartei vor, Steuerprüfungen und andere Einschüchterungsversuche zu nutzen, um Übertritte zu erzwingen (*KH*, 28.12.96). Anfang Dezember 1996 verließen drei ULD-Politiker ihre Partei und schlossen sich dem Regierungslager an. Der Schritt schien eine Wiederbelebung der regionalen Konfrontationen anzukündigen, denn von den Dreien war einer der Gouverneur der Provinz Kangwon, die zwei anderen waren Abgeordnete des dortigen Provinztages, wenig später schloß sich auch der Bürgermeister von Wonju in der Provinz Kangwon dem Regierungslager an. Sprecher der größten Oppositionsgruppierung NCNP vermuteten, daß die Regierung den Gouverneur von Kangwon mit einer Steuerprüfung gedroht hatte und damit seinen Austritt aus der ULD erzwang; der Gouverneur hatte zuvor der Eröffnung von Spielkasinos in einem ehemaligen Bergbaugebiet der Provinz zugestimmt. Der Übertritt der drei ULD-Politiker kam für die ULD und den NCNP als Schock und konnte als schwerer Rückschlag für die Opposition gewertet werden, die 1997 eine gemeinsame Front gegen die NKP plant. Vor allem ULD-Chef Kim Jong-pil wurde durch die Parteiaustritte getroffen, denn damit verlor die ULD ihre letzte Provinzbasis. Am 24. Dezember verließen zwei ULD-Parlamentarier der Nationalversammlung ihre Partei und traten der NKP bei; ein unabhängiger Abgeordneter trat ebenfalls zur NKP über, wenig später kündigte ein weiterer ULD-Abgeordneter seinen Übertritt zur NKP an. Damit stieg die Zahl der Sitze der NKP von 153 auf 157. Die Überläufer begründeten ihren Schritt mit Differenzen über die Haltung der Opposition zu geplanten Novellierungen des Gesetzes über innere Sicherheit und das Gesetz über die NSP (Agency for National Security Planning, Nachfolgeorganisation des ehemals berichtigten KCIA). Wie schillernd die politische Haltung koreanischer Abgeordneter ist, läßt sich aus der Tatsache ablesen, daß einer der Überläufer bei den letzten Parlamentswahlen auf einem ULD-Ticket gewann, nachdem ihn die NKP nicht nominieren wollte. Die politische Bedeutung des Regionalismus wird auch dadurch unterstrichen, daß der Abgeordnete als enger Vertrauter des Gouverneurs von Kangwon gilt (*KNR*, 28.12.96:11, 4.1.97:11).

Auch die kleinste Oppositionspartei, die Demokratische Partei (DP) litt an Auszehrung und trieb ihrer Auflösung entgegen. Begonnen hatte die DP als „politisches

Experiment“: Die Partei sollte nicht unter der Führung eines einzelnen charismatischen Führers stehen, sondern kollegial von drei Vorsitzenden geleitet werden; die Vorsitzenden der Regionalorganisationen sollten gewählt und nicht von der Zentralführung ernannt werden. Ziel war es, die übermächtige Dominanz der „drei Kims“ - also Kim Young-sam, Kim Dae-jung und Kim Jong-pil - zu brechen und damit die regionalistische Ausrichtung der südkoreanischen Innenpolitik auf eine neue Basis zu stellen. In den Wahlen vom April gewann die DP aber nur 15 Sitze; das schlechte Abschneiden wurde eben der kollektiven Führung, den fehlenden regionalen Basen und der schwachen Organisationsstruktur zugeschrieben (KNR, 9.11.96:8).

Anfang Juni 1996 verhinderte die Opposition eine reguläre Eröffnung der Parlamentssession, und erst nach einem Monat konnte die Volksvertretung ihre normale Arbeit aufnehmen. Ein neuer Showdown kam mit der anstehenden Abstimmung über die Mitgliedschaft Südkoreas in der OECD; die Opposition suchte eine Zustimmung zu der Mitgliedschaft mit einer zustimmenden Haltung der NKP in anderen Gesetzesvorhaben zu verknüpfen, z.B. in der geplanten Novelle, die Staatsanwaltschaft und Polizei zu politischer Neutralität verpflichten sollte. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war die Blockadepolitik der Opposition gegen Ende der Sitzungsperiode, als die NKP die neuen Arbeitsgesetze und ein neues Gesetz über die Sicherheitsorgane verabschieden lassen wollte: Die Opposition verhinderte, daß der Sprecher der Nationalversammlung die Abstimmungssitzung eröffnen konnte; die NKP-Abgeordneten verabschiedeten schließlich allein, auf einer Sondersitzung, die umstrittenen Gesetzentwürfe.

2 Streiks gegen novellierte Arbeitsgesetze

Am frühen Morgen des 26. Dezember 1996 peitschte die Regierungspartei NKP ohne parlamentarische Beteiligung der Opposition das neue Arbeitsgesetz und ein Gesetz, das den Sicherheitsbehörden weitere Befugnisse beim Vorgehen gegen Dissidenten gab, durch die Nationalversammlung. 155 NKP-Abgeordnete unter Vorsitz eines stellvertretenden Sprechers der Nationalversammlung verabschiedeten in nur sechs Minuten die neuen Gesetze (KNR, 4.1.97:4). Dieses höchst unübliche Verfahren veranlaßte die Opposition zu Protestveranstaltungen vor dem Parlament, vor allem aber löste es eine Streikwelle aus, die aus einem Arbeitskampf schnell einen harten politischen Konflikt werden ließ. Kritiker der (formal illegalen) Streiks führen aus, daß die Gesetzesnovellierungen keineswegs für den einzelnen Arbeitnehmer nachteilig wären, die breite Popularität der Streikenden sei vielmehr ausgelöst durch das undemokratische Verabschiedungsverfahren seitens der NKP. Geistliche Führer und Intellektuelle, die anfangs durchaus für eine Reform der Arbeitsgesetze eingetreten waren, solidarisierten sich mit den Streikenden und gaben dadurch der Streikbewegung erst ihre Dynamik (Park, Jong-kew, „Major Issues About Revised Labor Laws“, in: *Korea Focus* 5, 1, Jan.-Feb. 1997, S.54-64). Im Hintergrund der Ausein-

andersetzungen stand vor allem der latente Konflikt zwischen der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU, Minnochong) - die nicht von der Regierung anerkannt wird - und der Korean Employers Federation, der Arbeitgeberorganisation. Auch ohne staatliche Anerkennung hat die KCTU schlagkräftige Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut, die immer wieder erbitterten Widerstand gegen das Arbeitgeberlager und die Regierung organisieren.

Nachdem sich die KCTU und der Arbeitgeberverband nicht auf einen gemeinsamen Reformentwurf einigen konnten, legte die NKP am 3. Dezember einen eigenen Entwurf vor, der aber von der Opposition nicht aufgegriffen wurde. Die Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1997 warfen bereits ihre Schatten voraus, und keine Oppositionspartei wollte es sich mit Gewerkschaften und Arbeitgebern verderben. Dieser erste Entwurf sah folgende Neuerungen vor, die im wesentlichen auch Eingang in den Kompromißentwurf vom März fanden (s.u.):

- Gemäß den bis 1996 gültigen Arbeitsgesetzen war in jedem Unternehmen nur eine Gewerkschaft zugelassen (Betriebsgewerkschaft), *jetzt sollten mehrere Gewerkschaften zugelassen werden*. Auf nationaler Ebene konnten nur staatlich anerkannte Verbände aktiv sein, die offiziell nicht anerkannte KCTU war damit ein illegaler Gewerkschaftsverband. Jetzt sollten auch andere nationale Dachverbände zugelassen werden.
- Das *Verbot der Beteiligung von dritten Parteien* (religiösen Organisationen, politischen Parteien etc.) an Arbeitskämpfen, das nach der alten Gesetzgebung sehr strikt gehandhabt wurde, sollte aufgehoben werden.
- *Politische Aktivitäten von Gewerkschaften*: Arbeitnehmerorganisationen war es nach bisher geltendem Recht untersagt, in der Politik „Partei zu ergreifen“, sie durften als Organisationen nicht bestimmte Kandidaten oder Parteien unterstützen. Nach den Reformen können Gewerkschaften an politischen Aktivitäten teilnehmen und damit auch auf Politiker und Parteien Druck ausüben, ihre Ziele zu verfechten.
- *Schullehrer schließlich bekommen ein eingeschränktes Koalitionsrecht, darin eingeschlossen das Recht zur Organisation von Verbänden* auf Provinzebene; diese Organisationen werden als „Konsultationspartner“ von Erziehungsministerium, regionalen Schulverwaltungen und Schulbehörden akzeptiert, sie sind jedoch keine Verhandlungspartner im Sinne vollwertiger Gewerkschaften, das Streikrecht bleibt ihnen weiterhin verwehrt.
- *Entlohnung während Streikaktionen*: Im Gegensatz zur früheren Praxis, als Arbeitgeber den organisierten Arbeitnehmern auch während eines Arbeitskampfes Lohn zahlten - häufig unter dem Druck neuer Streiks -, sieht das novellierte Gesetz eindeutig den Grundsatz „keine Arbeit, kein Lohn“ vor; die Arbeitgeber haben damit die „Waffengleichheit“ erlangt.
- *Zulassung flexibler Arbeitszeiten*: Zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit koreanischer Unternehmen erhalten die Unternehmen das Recht, inner-

- halb einer Wochenarbeitszeit von 56 Stunden flexible Arbeitszeiten einzuführen, Überstundenentlohnung während Nachtarbeit wird nicht gezahlt.
- *Einsatz von Streikbrechern während eines Arbeitskampfes*: Das neue Arbeitsrecht legalisiert den Einsatz von Streikbrechern, wenn ein Unternehmen häufig bestreikt wird. Diese Maßgabe des neuen Gesetzes ist wahrscheinlich am bedrohlichsten für die Gewerkschaftsorganisationen, denn sie stärkt die Unternehmenseite deutlich.
- *Unternehmen erhalten die Möglichkeit, in Krisenzeiten Personal freizusetzen*. Gewerkschaftlich organisierte Stammarbeitnehmer (n.b. nicht die Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben) konnten nach bisher geltendem Recht kaum gekündigt werden, sie genossen lebenslange Anstellung; die Unternehmen erhalten jetzt das Recht, Überhangpersonal abzubauen, was in Krisenzeiten durchaus zu Massenentlassungen führen könnte. Bis zur Novellierung konnten Unternehmen nur auf dem Klagewege von Fall zu Fall Personal freisetzen (*KH*, 4.12.96; *KNR*, 7.12.96:6).

In ihrem ersten Reformentwurf hatte die Regierung also eine Aufhebung des Verbots von Mehrfachgewerkschaften in Unternehmen aufgenommen; die Aufhebung wurde aber in der endgültigen Vorlage der NKP zurückgenommen, das Verbot sollte noch drei weitere Jahre in Kraft bleiben - und damit war der Konflikt vorprogrammiert. Zwar wurde die KCTU de facto durch die Regierung anerkannt, als man die Organisation zur Mitwirkung an einer Präsidialkommission einlud, die arbeitsrechtliche Fragen erörtern sollte, aber jetzt verschärfte auch die Arbeitgeber ihre Taktik. In wenigen Tagen hatten beide Gewerkschaftsorganisationen, die offiziell illegale KCTU und die staatlich anerkannte Federation of Korean Trade Unions (FKTU) Streiks von 370.000 Arbeitern in 733 Werken organisiert. Insgesamt waren in beiden Dachverbänden Ende 1996 1,8 Millionen Arbeitnehmer organisiert, und ein koordinierter Streik beider Verbände mußte das wirtschaftliche Leben Südkoreas weitgehend lahmlegen. Die Novellierung der Arbeitsgesetze gab den Gewerkschaften nicht nur das Recht, in Unternehmen und Betrieben verschiedene Gewerkschaften zu organisieren, es bürdete ihnen auch in hohem Maße neue Kosten auf, da die Unternehmen und Betriebe fortan nicht mehr gehalten sind, die Ausgaben der Arbeitnehmerorganisationen zu einem großen Teil zu übernehmen, wie es bei den traditionellen Betriebsgewerkschaften üblich war; das mußte besonders die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre treffen, deren Löhne nicht mehr automatisch von den Betrieben übernommen werden, in einem Mehrfachgewerkschaftssystem würden die Kosten für einzelne Betriebe oder auch ganze Unternehmen zu hoch. Diese neue Regelung benachteiligt kleinere Gewerkschaften, während große Arbeitnehmerorganisationen aus Mitgliedsbeiträgen leicht auch die Bezahlung der hauptamtlichen Funktionäre sicherstellen können (*KH*, 9.12.96).

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch die NKP ohne Beteiligung der Opposition suchte sich Präsident Kim offenbar von dem Vorgang zu distanzieren, Mitarbeiter des Chong Wa Dae (Präsidentenpalast, d.h. Präsidialamt)

lasteten der NKP die kompromißlose Haltung an. Der Präsident war nicht so sehr über die politischen Konsequenzen des Parlamentsbeschlusses besorgt (immerhin hatten die Oppositionsparteien ein Sit-in im Parlament veranstaltet, um die NKP zum Einlenken zu zwingen und ein Gespräch mit Kim zu erreichen), sondern über die wirtschaftlichen Folgen. Hier waren sich auch die Medien einig: Die Position der Gewerkschaften sei verständlich, hieß es; die Befürchtung, daß Unternehmen ihre Probleme durch massenhafte Kündigungen zu lösen versuchen würden, statt neue Strategien und rationellere Produktionsmethoden einzuführen, sei sehr realistisch. Die Krisenphase der koreanischen Wirtschaft verlange nach neuen, zukunftsorientierten Lösungen, Kosteneinsparungen durch Entlassungen seien nicht der richtige Weg (*Dong-A Ilbo*, 28.12.96, in: *Korea Focus* 5, 1, Jan.-Feb. 1997, S.113-115). Politische Beobachter waren sich einig, daß das Durchpeitschen der neuen Arbeitsgesetze auf eine Strategie des Präsidialamtes zurückzuführen war (*KH*, 28.12.96), obwohl Sprecher des Amtes betonten, sie seien von den Änderungen des Entwurfs und den Plänen, die Gesetze im Alleingang durchzupeitschen, von der NKP im Vorfeld nicht informiert worden. Ein Sprecher des Präsidialamtes äußerte ausdrücklich sein Mißfallen über die (angeblich) einseitige Aktion der Regierungspartei (ebd.).

Die NKP ihrerseits begnügte sich damit, die Vorzüge der neuen Gesetze herauszustreichen, die jedem einzelnen Arbeitnehmer nützen würden. Auf einer Vorstandssitzung der NKP aber vermied es Parteichef Lee Hong-koo, die streikenden Arbeiter zu kritisieren, um die Situation nicht zu verschärfen. Die Parteiführung plante, einen Fonds von 200 Mrd. Won aus dem Staatshaushalt aufzulegen, um die Folgen der Gesetzesänderungen für einzelne Arbeitnehmer zu mildern, d.h., Beschäftigung zu sichern und den Lebensstandard von Arbeitnehmern zu erhöhen. Der oppositionelle NCNP Kim Dae-jungs gab sich äußerst zurückhaltend bei seinen Kommentaren zu den Streiks, schließlich könne jede Äußerung im späteren Präsidentschaftswahlkampf mißbraucht werden, man könne jedoch den Arbeitern „nicht den Streik verbieten“ (*KH*, 28.12.96). Im Januar verschärfen sich die Streiks erneut, insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes traten mehrfach in den Ausstand. Die NKP und auch der Präsident weigerten sich, die gerade verabschiedeten Arbeitsgesetze erneut zu überarbeiten und damit den Forderungen der Streikenden nachzugeben. Die beiden größten Oppositionsgruppen NCNP und ULD ihrerseits verschärfen ihre Angriffe auf die Regierung und die NKP und forderten direkte Gespräche mit dem Präsidenten. Kardinal Stephen Kim bemühte sich um Ausgleich und Kompromißlösungen, aber die Fronten blieben verhärtet (*KNR*, 18.1.97:7). Erst ein vorsichtiges Einlenken des Präsidenten bei einem Treffen mit der Opposition im Chong Wa Dae (Präsidentenpalast) am 21. Januar brachte Entspannung: Gegenüber Kim Dae-jung und Kim Jong-pil bot er an, auf der Grundlage einer Zwei-Parteien-Übereinkunft die Arbeitsgesetze und das Gesetz über innere Sicherheit zu revidieren, aber die Opposition bestand auf einer völligen Aufhebung der Gesetze vor jeder weiteren Revisionsverhandlung; dieses lehnte der Präsident ab. Immerhin waren sich beide Seiten nähergekommen. Am 20. Januar nahmen Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes KCTU die Arbeit wieder auf, aber der Verband kündigte an, man werde bis

zum 18. Februar (Revisionstermin der Gesetze) jeden Mittwoch die Arbeit niederlegen (*KNR*, 25.1.97:6). Damit war Präsident Kim einem seiner vier Ziele (s.o.) für 1997 ein Stück nähergekommen: Durch eine Annäherung zwischen Streikenden und Arbeitgebern sowie der Regierung konnte endlich wieder eine geordnete Produktion beginnen. Im März kam es schließlich im Parlament zu einer Kompromißlösung, der NKP und Opposition zustimmen konnten. Der ursprüngliche Entwurf wurde annulliert und nur der Kompromißentwurf verabschiedet (*KNR*, 15.3.97:6).

Wenige Wochen später gab Präsident Kim zwar zu, daß die Aufhebung des Verbots von Mehrfachgewerkschaften (im Gegensatz zu staatlich zugelassenen Monopolgewerkschaften) nötig gewesen wäre, und er ersuchte das Parlament eine Revision der revidierten Gesetzentwürfe durchzuführen. Aber er weigerte sich, die Gesetze insgesamt außer Kraft zu setzen, wie die Opposition gefordert hatte. Die Arbeitgeberseite mußte an einer Reform der bestehenden Gesetze interessiert sein, und im Oppositionslager gab es viele Politiker, die diese Notwendigkeit akzeptierten. Frühere Regierungen, besonders die autoritären Systeme unter Park Chung-hee, Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo hatten versucht, den Einfluß von Gewerkschaftsorganisationen durch Verbote zurückzudrängen, zugleich aber waren sie bemüht, die Position des einzelnen Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber zu stärken. Das galt natürlich nur für die Stammbeschäftigten großer Unternehmen, die zahllosen Beschäftigten in der Klein- und Mittelindustrie waren weder organisiert, noch hatten sie Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber ihren Arbeitgebern. Im Februar wurde eine außerordentliche Parlamentssession einberufen, die noch einmal den Entwurf beriet und umarbeitete.

Die neue Arbeitsgesetzgebung dürfte die Organisationsstruktur der koreanischen Gewerkschaften und das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nachhaltig verändern: Die KCTU wird legal und dürfte zu einer echten Konkurrenz für die FKTU werden, die schon 1946 gegründet wurde und ein Steuerungsinstrument einer Reihe diktatorischer Präsidenten war. Es wird auch einen heftigen Kampf um Mitglieder geben: Gegenwärtig ist die FKTU mit 1,2 Millionen Mitgliedern in ca. 5.900 Unternehmen der größere Verband, die KCTU hat nur 500.000 Mitglieder in 950 Betrieben, aber die KCTU verfügt über die strafferen Organisationsstrukturen und hat aufgrund ihrer Oppositionsrolle in der Illegalität seit 1995 die größere Erfahrung in Arbeitskämpfen. Der Streik vom 26. Dezember 1996 bis 18. Januar 1997 wurde von der KCTU organisiert, und diese Organisation hatte die Regierung zum Einlenken gezwungen. Im Kern der Streikbewegung standen straff geführte Unternehmensgewerkschaften der KCTU in der Hyundai-Gruppe, bei Korea Telecom Co. und der Seoul Metropolitan Subway Corp. Die FKTU will seine Mitgliederbasis durch verstärkte Arbeit in der Samsung-Gruppe, bei Pohang Iron & Steel Co. Ltd. und in der Kolon-Gruppe erweitern (*KH*, 11.3.97). Die Arbeitnehmer dürfen also ab dem Jahr 2002 in einem Betrieb unterschiedlichen Gewerkschaften beitreten oder sie organisieren (*KH*, 14.3.97), aber unter dem Strich profitieren eher die Arbeitgeber als die Arbeitnehmer von den neuen Arbeitsgesetzen.

Aber die endgültige Einigung der verschiedenen Parteien über die neue Arbeitsgesetzgebung gibt den Gewerkschaften nachträglich recht und verwässert erheblich den Einspareffekt, den die neuen Gesetze haben sollten: Die Möglichkeit, Mitarbeiter entlassen zu können (n.b. Stammbeschäftigte), wurde bis 1999 ausgesetzt, und auch Entlassungen in großem Umfang bei Firmenzusammenschlüssen sind nicht zulässig. Auch nach 1999 können Unternehmen ihr Recht auf Entlassungen nur in „Notsituationen“, d.h., wenn das Überleben des Unternehmens bedroht ist, wahrnehmen, Übernahmen gehören nicht zu solchen Situationen. Damit läuft die neue Gesetzgebung den Bemühungen der Präsidialkommission für finanzielle Reformen direkt entgegen, die ungehinderte Unternehmensübernahmen (M&A) ermöglichen wollte; auch das Finanzministerium hatte diese erweiterten Möglichkeiten angestrebt, sie aber ausdrücklich von den Maßgaben des neuen Arbeitsrechts abhängig gemacht. Damit ist es vorläufig z.B. solventen Finanzinstitutionen unmöglich gemacht, angeschlagene Bankhäuser zu übernehmen, um sie zu retten (KH, 11.3.97).

Nicht nur die Arbeitgeberseite ist mit dem neuen Arbeitsrecht unzufrieden, auch der KCTU geht die Reform nicht weit genug, obwohl das Gesetz erstmals die KCTU anerkennt. Dennoch plane die Organisation keine weiteren Streikaktionen, obwohl nach Ansicht der Gewerkschaftsführung die KCTU einen politischen Sieg, aber arbeitsrechtlich eine Niederlage erlitten habe; die Organisation werde weiterhin dafür kämpfen, die Entlassungsklausel gänzlich aus dem Arbeitsgesetz zu entfernen. Nach Ansicht der Gewerkschaftsführung reicht das System sozialer Sicherung in Südkorea noch nicht aus, um Arbeitslose ausreichend zu versorgen; erst wenn die sozialpolitischen Voraussetzungen geschaffen sind, ließe sich über erleichterte Entlassungsmöglichkeiten nachdenken. Abgelehnt wird (verständlicherweise) auch die jetzt geschaffene rechtliche Möglichkeit für Unternehmen, Streikenden - insbesondere Streikführern - keinen Lohn zu zahlen (*Asian Wall Street Journal, AWSJ*, 15.4.97).

3 Der Hanbo-Skandal: Kim Young-sams schwerste Krise

Kaum ein Skandal der nicht eben skandalarmen politischen Geschichte Südkoreas schlug solche Wogen wie der Zusammenbruch der Hanbo-Gruppe und die daraus erkennbar gewordenen Verwicklungen von Politikern in zweifelhafte Kreditgeschäfte. Der Sturz wurde durch den Kollaps des „Flaggschiffs“ der Gruppe, der Hanbo Iron & Steel, ausgelöst. Das Unternehmen hatte allein von der Korea First Bank (KFB) 1,1 Trillionen Won an Krediten erhalten, damit war die KFB der größte Gläubiger des Unternehmens. Im Februar wurde der KFB-Präsident Shin Kwan-shik in Zusammenhang mit dem Hanbo-Skandal verhaftet, aber auch andere Banken waren zutiefst in den Kreditkandal um Hanbo verwickelt, dazu gehörten Cho Hung Bank, Korea Exchange Bank, Seoul Bank, Hanil Bank u.a. Im Januar brach die gesamte Hanbo-Gruppe mit Verbindlichkeiten in Höhe von 5,8 Mrd. US\$ zusammen,

die meisten Kredite waren ohne Deckung. Viele Banken gaben als Begründung für ihre mehr als großzügige Kreditpolitik gegenüber Hanbo an, daß sie erwarteten, die Gruppe würde zu einem zweiten Posco. Aber allein die Kapitalauslagen erreichten 1996 1,034 Trillionen Won bei einem Cashflow von nur 60 Mrd. Won. Hinzu kamen explodierende Kosten für eine mit 2,7 Trillionen Won geplante neue Stahlproduktionsanlage von über 6 Trillionen Won (*FEER*, 5.6.97:55/56). Hanbo war Südkoreas zweitgrößter Stahlproduzent und konnte unter der Regierung Kim Youn-sam enorm expandieren, nicht zuletzt durch Kredite, für die keine Sicherheiten vorlagen und die das Unternehmenskapital um ein Vielfaches überstiegen.

Im Verlauf der Ermittlungen wurden elf Personen in Haft genommen, darunter der Unternehmensgründer. Ein früherer Minister und drei von Kim Young-sams Beratern gaben im April zu, daß sie von Hanbo Zahlungen erhalten hatten, bestritten aber, daß es sich um Bestechungsgelder gehandelt habe. So sagte Exminister Kim Woo-suk in seinem Gerichtsverfahren aus, daß die 200 Mio. Won, die ihm in Apfelkisten zugestellt wurden, für ihn nur ein Geschenk für politische Fonds gewesen seien. Kim war zu jener Zeit Bauminister, und er gab zu, daß die Annahme des Geldes falsch gewesen sei. Seine Anklage lautete auf passive Bestechung, um Hanbo den Bau von Zufahrtsstraßen zu Hanbo-Werken zu genehmigen (*South China Morning Post*, *SCMP*, 1.4.97). Noch verheerender für die politische Klasse Südkoreas war das Eingeständnis des Hanbo-Gründers Chung Tae-soo, daß er auch für den Wahlkampf Kim Young-sams 1992 Geld gespendet habe, er bestritt jedoch, daß Geld unmittelbar an Kim oder dessen Sohn Kim Hyun-chul geflossen sei. Die Mittel in Höhe von einer Milliarde Won seien direkt an die Parteizentrale der Demokratisch-Liberalen Partei (heute NKP) geflossen (*Financial Times*, 8.4.97; *SCMP*, 8.4.97). Chung gab zu, daß er Berater des Präsidenten ersucht habe, sich bei Banken zu verwenden, damit die Hanbo-Gruppe weitere Kredite erhalten könne. Die Staatsanwaltschaft mußte aufgrund der Aussagen Chungs immer neue Spuren untersuchen, die darauf wiesen, daß prominente Politiker Spenden des Hanbo-Gründers erhalten hatten: Am 11. April waren es schon 33 Politiker, die genannt wurden, darunter nicht nur NKP-Mitglieder, sondern auch Politiker des NCNP und der ULD (*International Herald Tribune*, *IHT*, 10.4.97; *SCMP*, 11.4.97; Xinhua, XNA, 9.4.97). Einer der Spendenbeschaffer für Kim Dae-jungs NCNP, Kwan Roh-kap, war bereits im Mai festgenommen worden; er hatte Zahlungen von Hanbo zugegeben (*FEER*, 15.5.97:22). Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, daß Chung umgerechnet Millionen von Dollar aus Bankkrediten abgezweigt hatte, um sich durch Zahlungen bei Politikern und auch Bankern Einfluß zu sichern. Einer der angeblichen Empfänger solcher Zahlungen war Kim Deog-ryong, einer der Bewerber um die Präsidentschaft (s.u.) und enger Vertrauter des Präsidenten (*AWSJ*, 8.4.97). Im Zuge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gaben Abgeordnete der NKP und der DP zu, Zahlungen von Chung in Höhe von jeweils 30 bis 50 Mio. Won erhalten zu haben (*IHT*, 14.4.97); der Sprecher der Nationalversammlung drohte zu diesem Zeitpunkt mit seinem Rücktritt, wenn er ebenfalls in die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft einbezogen würde (*AWSJ*, 16.4.97). Trotzdem entsandte die Staatsanwaltschaft Un-

tersuchungsbeamte zu seiner offiziellen Residenz, die einzige Geste des Entgegenkommens, denn üblicherweise wäre er vorgeladen worden (XNA, 19.4.97). Ihm wurde vorgeworfen, von Chung 50 Mio. Won (560.000 US\$) erhalten zu haben, die Strafverfolgungsbehörden hatten nur das Ende der Konferenz der InterParlamentarischen Union (IPU) abgewartet. Damit wurde zum erstenmal in der koreanischen Geschichte ein Sprecher des Parlaments von der Staatsanwaltschaft verhört. Die Verhöre brachten ein Geständnis: Der Sprecher hatte nach eigenen Aussagen von Chung umgerechnet 56.000 US\$ als „Wiederwahlspende“ vor den Parlamentswahlen 1992 erhalten (XNA, 19.4.97). NKP-Chef Lee Hoi-chang wurde der Ermittlungseifer der Staatsanwaltschaft unheimlich, er warnte vor „wahllosen Ermittlungen“, weil dadurch die politische Stabilität des Landes bedroht werden könnte, und forderte ein Ende der Untersuchungen (XNA, 15.4.97).

Ein interessantes Nebenphänomen der Auseinandersetzungen um die Skandale war eine Wiederentdeckung, teilweise fast eine Verklärung des diktatorischen Präsidenten Park Chung-hee; die achtzehn Jahre seiner Regierung mit rücksichtsloser Unterdrückung jeder Opposition, Knebelung der Medien und brutalen Sicherheitsorganen erschienen 1996/97 in neuem Licht. Nach einer Umfrage der *Dong-A Ilbo* im April 1997 bezeichneten 75,9% der Befragten Park als Koreas „effizientesten“ Präsidenten, der damalige Oppositionsführer und die Symbolgestalt des Widerstandes (zusammen mit Kim Dae-jung), Kim Young-sam, brachte es nur auf 3,7% (FEER, 17.7.97:23). Sogar unter koreanischen Studenten, die einst erbittertsten Gegner Parks, scheint der frühere Diktator zu einer Kultfigur zu werden: Bei einer Umfrage unter Studierenden der Korea University wurde er auf Rang 3 jener Personen gesetzt, die man gern „geklont“ hätte, hinter Kim Ku, einem berühmten koreanischen Widerstandskämpfer gegen das japanische Kolonialregime, und Mutter Teresa - Kim Young-sam lag auf dem letzten Platz, noch hinter Adolf Hitler (ebd.). Park sei ein Visionär gewesen, der seinem Volk eine Richtung, ein Ziel gezeigt habe, glauben die einen, andere sehen in der Verklärung Parks einen verhängnisvollen Wunsch nach einem neuen starken Mann, also eine Bedrohung für die junge koreanische Demokratie (ebd.).

Der schwerwiegendste Vorwurf, der auch den Präsidenten persönlich treffen mußte, war die Verwicklung seines Sohnes Hyun-chul in die Bestechungsaffäre. Nach einigen Angaben, die der Staatsanwaltschaft vorlagen, sollte er sich für die Gewährung von Krediten an Hanbo bei Banken stark gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft konnte bei ihren Ermittlungen jedoch keine Hinweise auf eine unmittelbare Verwicklung des Präsidentensohnes entdecken und schlug das Ermittlungsverfahren nieder. Die Folge war eine Welle der Kritik an der Staatsanwaltschaft - der Grundtenor: Sie sei in hohem Maße befangen und von der Regierung beeinflusst (KH, 13.3.97). Wenig später ordnete der leitende Staatsanwalt eine Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen den zweiten Sohn des Staatspräsidenten Kim Hyun-chul an (KH, 14.3.97). Schon Tage später wurde Kim Hyun-chul verhaftet; die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, Bestechungsgelder in Höhe von umgerechnet 28 Mio. DM angenommen zu haben. Inzwischen hatte die Staatsanwaltschaft im laufenden

Prozeß gegen Hanbo eine Haftstrafe von 20 Jahren für den Hanbo-Gründer Chun Tae-soo und für zehn Unternehmensangehörige Strafen zwischen fünf und acht Jahren beantragt (*Economist*, 24.5.97:55; *Süddeutsche Zeitung*, SZ, 20.5.97).

Höhepunkt der parlamentarischen Anhörung zu dem Skandal war der Auftritt des Präsidentensohnes Kim Hyun-chul. Er gab zu, seinen Einfluß bei der Besetzung wichtiger politischer Positionen geltend gemacht zu haben, aber er bestritt vehement, in den Bestechungsskandal um den Hanbo-Konzern verwickelt zu sein, er habe niemals dazu beigetragen, daß Banken der hoch verschuldeten Hanbo-Gruppe weitere Kredite gewährten (XNA, 25.4.97). Er habe niemals den Hanbo-Präsidenten Chung Po-keung im Stahlwerk Tangjin (Süd-Chungchong) getroffen, auch habe er keine Bestechungssumme in Höhe von 200 Mrd. Won von einer deutschen Firma erhalten, um Anlagen für Hanbo-Stahlwerke zu beschaffen. Kim junior will von Hanbo auch keine Wahlkampfspenden für den Wahlkampf seines Vaters 1992 erhalten haben. Zugleich betonte er unter Tränen, daß sein politischer Einfluß überschätzt worden sei, er habe gegenüber seinem Vater lediglich „Empfehlungen“ hinsichtlich einiger Besetzungen gegeben. Umfragen einiger Zeitungen zeigten jedoch deutlich, daß die koreanische Öffentlichkeit diesen Beteuerungen keinen Glauben schenkte (*KNR*, 3.5.97:6/7). Kim Hyun-chul war im Februar von der Staatsanwaltschaft mit einem Ermittlungsverfahren überzogen worden, das jedoch wegen Mangels an Beweisen niedergeschlagen worden war. Sein Vater hatte ihm daraufhin jede politische und soziale Aktivität untersagt.

Die parlamentarische Anhörung war nach Ansicht der meisten Beobachter ein Debakel: Die fragenden Parlamentarier waren nicht in der Lage, die Schuld der Beteiligten nachzuweisen, sie waren entweder unzureichend vorbereitet oder verfügten nicht über ausreichende Fachkenntnisse. Hinzu kam, daß im Verlauf der Anhörung die parteipolitischen Konflikte die Oberhand gewannen: Statt Zeugen und Beschuldigte scharf zu befragen, begannen Abgeordnete, sich gegenseitig zu beschimpfen oder zu verdächtigen; immer mehr wurde deutlich, daß z.B. die NKP-Abgeordneten Partei für den Sohn des Präsidenten ergriffen, während einige Oppositionsabgeordnete mit Verdächtigungen arbeiteten, etwa, daß NKP-Abgeordnete ihre Mandate dem Präsidentensohn verdankten (ebd.). Insgesamt 42 Zeugen und Beschuldigte wurden vor dem Parlament angehört, aber es wurde nicht deutlich, wer die südkoreanischen Banken unter Druck gesetzt hatte, damit sie dem angeschlagenen Hanbo-Konzern immer neue Kredite gewährten. Es blieben Verdächtigungen, öffentliche Enttäuschung über die Unfähigkeit des Parlaments, ein wirkungsvolles Untersuchungsverfahren durchzuführen. Jedoch brachte die Anhörung ein bisher einmaliges Ereignis: Zum erstenmal mußte der Sohn eines amtierenden Staatspräsidenten vor der Nationalversammlung als Zeuge auftreten (*KNR*, 10.5.97:7).

Für die NKP und den Chong Wa Dae waren die Anhörungen letztlich eine politische Niederlage; die Frage nach der Finanzierung der Wahlkampfkosten 1992 blieb unbeantwortet, und so wurden Verdächtigungen genährt. Kim Hyun-chul hatte zugegeben, daß einige NKP-Abgeordnete auf seine Empfehlung hin nominiert worden waren, das schadete sicher dem Ansehen der Regierungspartei. Während das Präsi-

dialamt versuchte, die Situation unter Kontrolle zu bringen, und einen neuen Aufbruch propagierte, rieb einer der möglichen NKP-Kandidaten für die Präsidentschaft, ausgerechnet der NKP-Chef Lee Hoi-chang, Salz in die Wunden: Er forderte eine rückhaltlose Aufklärung aller verdächtigen Punkte, um das Vertrauen in der Bevölkerung wiederzugewinnen (*KNR*, 10.5.97:8). Es ging vor allem um eine Offenlegung der Wahlkampffinanzierung Kim Young-sams, da der Verdacht blieb, daß zahlreiche Firmen - darunter eben auch die Hanbo-Gruppe - den Wahlkampf des heutigen Präsidenten massiv finanziell unterstützt hatten. Das Wahlkampfbüro Kims hatte der Wahlaufsicht Unterlagen über 28,4 Mrd. Won vorgelegt, weit unter den zulässigen 36,7 Mrd. Won, aber niemand glaubt, daß die damalige Demokratisch-Liberale Partei (heute NKP) nur diese Summen aufgewendet hat (*KNR*, 10.5.97:8). Sollten sich hier Verdachtsmomente verstärken, könnte Präsident Kim später in Schwierigkeiten geraten, denn die sechsmonatige Verjährungsfrist für Wahlvergehen beginnt im Falle des Präsidenten erst nach Ende seiner Amtszeit - während der Amtszeit ist sie nach dem Wahlrecht ausgesetzt (ebd.). Der Präsident versuchte im Juni einen Befreiungsschlag: In einer Rede an die Nation forderte er drastische politische Reformen, die auf transparente und weniger kostspielige Wahlkämpfe zielen (s.u.). In derselben Ansprache betonte er, daß die Kontroverse über seine Wahlkampfausgaben von 1992 auf das alte Übel der ungeheuren Wahlkampfkosten in der Vergangenheit zurückzuführen seien: Kandidaten hätten Unsummen aufwenden müssen, Unternehmen und Wirtschaftskreise hätten das genutzt, um Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Es sei jetzt Zeit für *alle Politiker*, meinte der Präsident, vergangene Fehlritte zu bereuen. „Im Hinblick auf die früheren Praktiken vieler politischer Parteien und ihrer Wahlkämpfe trifft es zu, daß jede Partei riesige Geldsummen in der Wahl von 1992 benötigte ... solche Praktiken waren eindeutig falsch“ (*KNR*, 7.6.97:8). Zugleich betonte der Präsident aber, daß es aus der Rückschau unmöglich sei, die Gesamtsumme und andere Details der Wahlkampfausgaben festzustellen, das dürfte auch für die Ausgaben der Opposition gelten, attackierte Kim. Falls die Parteien sich nicht zu tiefgreifenden Reformen in der Wahlkampfpraxis durchringen könnten, drohte der Präsident „ernste Entscheidungen“ an. Diese könnten ein Referendum über Wahlkampfreformen sein oder - im härtesten Fall - eine Notverordnung des Präsidenten sein (wie im Falle des Verbots der Kontenführung unter Falsch- und Decknamen 1993), mit der er die Reformvorschläge durchsetzen könnte (ebd.).

4 Strafmilderung für Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo - Begnadigung in Sicht?

Im August 1996 wurde der Jahrhundertprozeß Südkoreas mit den Urteilssprüchen beendet: Die beiden Expräsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo wurden zum Tode bzw. zu 22 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht hatte sie der Meuterei, des Hochverrats und schwerer Korruption für schuldig befunden; beide wurden überdies

zu hohen Geldstrafen (s.u.) verurteilt. Der Prozeß war weit mehr als ein juristischer Versuch, Regierungskriminalität abzuurteilen, er war nichts Geringeres als Südkoreas Versuch, mit einem dunklen Kapitel der eigenen Geschichte fertigzuwerden: Die Geschichte stand vor Gericht. Das koreanische Volk hatte mit dem Tode Park Chung-hees 1979 die Einführung der Demokratie erhofft, hieß es, Chun und Roh aber hätten diese Chance verhindert. Chun war nach Auffassung des Gerichts die treibende Kraft bei dem Militärputsch, er war persönlich verantwortlich für die blutige Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju, er hatte durch willkürliche Verhaftungen von demokratischen Politikern, durch die Auflösung der Nationalversammlung und die zwangsweise Verhängung des Kriegsrechts die Verfassung verletzt, für ihn als General bedeutete das Hochverrat. Roh dagegen wurde als eher zweitrangige Person in der Machtintrige angesehen, ihm lastete das Gericht vor allem seine Korruption an (*KH*, 27.8.97). Die drei Richter bekräftigten ausdrücklich die Rechtmäßigkeit des Sondergesetzes, nach dem die beiden Expräsidenten abgeurteilt worden waren, sie wiesen die Argumentation der Verteidigung zurück, daß rückwirkende Gesetze verfassungswidrig seien (ebd.). Das Todesurteil gegen Chun wurde nach geltendem Recht automatisch an die nächsthöhere Instanz weitergeleitet, die Anwälte Roh Tae-woos kündigten unmittelbar nach Urteilsverkündung an, daß sie in die Berufung gehen würden.

Das Oberlandesgericht Seoul hatte am 16. Dezember 1996 das Todesurteil gegen Chun Doo-hwan aufgehoben und in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt, Roh Tae-woos Strafe wurde von 26 Jahren Haft auf 17 ermäßigt; beide waren im August 1996 vom Landgericht Seoul in erster Instanz verurteilt worden. Chun und Roh hatten nach anfänglichem Zögern ihre Urteile angefochten; anfangs hatte es den Anschein, als wollten beide ihre ganze Hoffnung auf die Gnade des Präsidenten setzen (*Japan Times*, 1.9.96). Im Juli hatte Chun sogar zum Ausdruck gebracht, er sei bereit, die Todesstrafe zu akzeptieren, wie seine Frau gegenüber den koreanischen Medien sagte (*KH*, 20.7.96, 30.8.96). Die drei Richter des Appellationsgerichts befanden Chun und Roh der Meuterei, des Hochverrats und der Korruption für schuldig. Aber das Gericht sah mildernde Umstände für eine Verringerung des Strafmaßes als gegeben an: Die beiden Expräsidenten hätten maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beigetragen, sie hätten 1987 die politischen Reformen eingeleitet und damit 1988 den friedlichen Machtwechsel ermöglicht. Von insgesamt 14 Angeklagten im Berufungsverfahren wurde nur einer für unschuldig befunden, die übrigen 13 Generäle erhielten Haftstrafen zwischen drei und 13 Jahren. Chun und Roh müssen außerdem wegen passiver Bestechung Geldstrafen in Höhe von 220,5 Mrd. Won bzw. 268,8 Mrd. Won zahlen. Die elf zivilen Angeklagten erhielten wegen aktiver Bestechung Haftstrafen bis zu sieben Jahren (*KNR*, 21.12.96:6). Der Oberste Gerichtshof Südkoreas als höchste Instanz bestätigte am 17. April das Urteil (*KNR*, 26.4.97:9).

Chun nahm nach Augenzeugenberichten die Aufhebung des Todesurteils mit einem leichten Lächeln zur Kenntnis, Roh seufzte erleichtert auf, Zuhörer und Demonstranten vor dem Gericht reagierten auf die Urteile mit wütenden Protesten. Kom-

mentatoren werteten die Milderung der Strafen als Signal, daß in absehbarer Zeit - z.B. durch einen Gnadenakt des Präsidenten Kim Young-sam - die Strafen aufgehoben werden könnten (KH, 17.12.96). Dieser Eindruck wurde durch Äußerungen der drei Bewerber um die Nachfolge Kims verstärkt; als erster hatte der NKP-Kandidat Lee Hoi-chang im September 1997 den Gedanken einer vorzeitigen Entlassung der beiden Expräsidenten zur Diskussion gestellt, die beiden Oppositionskandidaten reagierten positiv. Lee hatte betont, er werde die Frage einer Begnadigung zu einem „gegebenen Zeitpunkt“ aufwerfen (Yonhap, engl., 18.4.97, in: *Summary of World Broadcasts, SWB*, 19.4.97). Präsident Kim selbst dürfte ebenfalls einer Begnadigung positiv gegenüberstehen, mußte er sich doch von Anhängern Chuns und Rohs aus dem Regierungslager vorwerfen lassen, er habe seine beiden Förderer verraten. Kim Dae-jung vom KCNP und Kim Jong-pil von der ULD befürworteten ebenfalls eine Begnadigung, nur der Kandidat der Demokratischen Partei, Cho Soon, Oberbürgermeister von Seoul, hält diese Pläne für einen politischen Schachzug, aber auch er sprach sich dafür aus, die beiden Expräsidenten so früh wie möglich zu begnadigen (IHT, 18.4.97; SZ, 2.9.97; XNA, 17.4.97, in: SWB, 18.4.97).

5 Kandidatenkür für die Präsidentschaftswahlen Dezember 1997: Die Gegner stehen fest

Bereits im Oktober 1996 legte sich die NKP fest: Der Parteikandidat für die Nachfolge Kim Young-sams sollte durch einen parteiinternen Wettbewerb entschieden werden, Präsident Kim wollte seinen Nachfolger nicht selbst benennen. Wie der Generalsekretär der NKP, Kang Sam-jae, der als Vertrauter Kims gilt, betonte, sollte eine breite Diskussion in der Partei über alle möglichen Kandidaten geführt werden (KNR, 26.10.96:4). Die Anweisung Kim Young-sams an die NKP, keine vorgezogene Kandidatendebatte zu beginnen, wurde nicht nur von Lee Hoi-chang (s.o.), sondern von allen vier Hauptbewerbern der Regierungspartei umgangen: Alle vier traten mit Büchern an die Öffentlichkeit, in denen sie ihre Vorstellungen von einer Zukunft Koreas darlegten, ein Verfahren, das in koreanischen Wahlkämpfen eine lange Tradition hat. Die vier möglichen (Ende 1996) Kandidaten Lee Hoi-chang, der Abgeordnete Choi Hyung-woo, Park Chan-jong, Vorsitzender des Beraterausschusses der NKP, und Lee Hong-koo, Vorsitzender der NKP, behandelten in ihren Büchern Episoden aus dem Kabinettsalltag (Lee Hoi-chang), Park legte eine „Vision der koreanischen Wirtschaft im 21. Jahrhundert“ vor, Choi veröffentlichte seine Gespräche mit Bill Gates und Alvin Toffler, Lee Hong-koo schließlich veröffentlichte Aufsätze und Reden aus seiner Zeit als Professor an der Seoul National University (KNR, 16.11.96:8/9). Das frühe Manövrieren um die beste Startposition der möglichen NKP-Kandidaten veranlaßte Präsident Kim schließlich, doch darauf zu bestehen, daß er persönlich den Kandidaten für seine Nachfolge auswählen werde, wie er in seinem Neujahrsinterview betonte; er gab keinen Hinweis, wen er bevorzugen

könnte, allerdings hob Kim hervor, daß Ministerpräsident Lee Soo-sung für ihn so wichtig sei, daß er „daran denke, ihn als Regierungschef zu behalten“ (*KNR*, 11.1.97:6). Gemeint war damit, daß er keinen Rücktritt Lees wollte, damit dieser sich dem Wahlkampf widmen könnte; nach der Kabinettsumbildung vom März wurde Lee Berater der NKP und hatte damit schließlich doch freie Hand, sich um die Präsidentschaft zu bewerben.

An der Spitze der Bewerbergruppe in der NKP stand schon im März Lee Hoi-chang, zumindest in den Augen der Öffentlichkeit. Präsident Kim ernannte ihn dann im März allerdings zum Parteichef der NKP und legte ihm damit einen Stein in den Weg, denn als Präsident der NKP war er für eine saubere Nominierungskampagne der Kandidaten verantwortlich, das erschwerte ihm selbst natürlich eine Beteiligung (*KNR*, 15.3.97:7). Seine Konkurrenten sahen in der Ernennung (die natürlich durch eine Wahl der NKP-Delegierten bestätigt wurde) eine einseitige Bevorzugung Lees durch den Präsidenten, einige forderten ihn sogar auf, völlig auf eine Kandidatur zu verzichten. Lee Han-dong, dem zuvor die Parteiführung angeboten worden war, hatte abgelehnt, weil er dafür auf eine Präsidentschaftskandidatur verzichten sollte; Lee Hoi-chang war diese Bedingung offenbar nicht gestellt worden. Es lag nahe, daß sich die beiden anderen Anwärter Lee Han-dong und Park Chan-jong zusammentaten, um gegen Lee Hoi-chang ein Bündnis zu schmieden. Beide trafen sich im März, um eine Strategie gegen Lee Hoi-chang zu entwickeln, obwohl die beiden aus ganz unterschiedlichen Lagern stammen: Lee Han-dong gehört zur sog. Minjong-Gruppe in der NKP, die vor allem aus Gefolgsleuten des ehemaligen Präsidenten Chun Doo-hwan besteht, während Park keiner innerparteilichen Gruppe zugeordnet wird; beide traten erst kurz vor den letzten Parlamentswahlen in die NKP ein. Wenn Lee und Park sich auf ein Bündnis verständigen konnten und einen Zusammenschluß mit der Minju-Gruppe Kim Young-sams erreichen würden, hätte Lee Hoi-chang einen schweren Stand gehabt (*KNR*, 22.3.97:7).

Die ersten Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen brachen über die Frage der Terminierung eines Wahlkongresses für die Nominierung eines Kandidaten aus. Parteichef Lee optierte für einen möglichst frühen Termin, um das Vertrauen der Wähler in die NKP nach dem Hanbo-Skandal wiederherzustellen. Seine innerparteilichen Gegner wollten einen späten Termin, um sich vorerst ganz auf die Lösung der Wirtschaftskrise zu konzentrieren; sie drohten sogar mit dem Boykott eines frühen Parteitages (Wahlkongreß) (*KNR*, 12.4.97:9). Lee Chan-dong und Park Chan-jong betonten, sie würden gemeinsam gegen jeden Versuch kämpfen, einen frühen Wahlkongreß anzusetzen. Es waren schließlich fünf Bewerber innerhalb der NKP, die gemeinsam forderten, den Wahlparteitag weit in die zweite Jahreshälfte zu verlegen; Lee Hoi-chang befürwortete einen Termin unmittelbar nach Abschluß der Parlamentssession am 9. Juni. Die fünf waren Park Chan-jong, Lee Hong-koo (Exministerpräsident), Lee Han-dong (früher Vizesprecher der Nationalversammlung), der NKP-Abgeordnete Kim Deog-ryong und der Gouverneur der Provinz Kyonggi, Rhee In-je. Sie forderten weiter, daß die Partei „faire Methoden für die Wahl ausarbeite“, offenbar eine versteckte Forderung nach Rücktritt Lee Hoi-changs (*KNR*,

24.5.97:7). Anfang Juli legte Lee Hoi-chang seinen Parteivorsitz nieder, nachdem er schon am 2. Juli seine Kandidatur für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der NKP bekanntgegeben hatte. Geschäftsführender Parteichef wurde Lee Man-sup, ein Berater des Rates für politische Entwicklung, der größten Faktion innerhalb der NKP, die vor allem gegen eine Kandidatur Lees opponiert hatte (*KNR*, 5.7.97:8).

Alle Versuche der Verfolger von Lee Hoi-chang, den Wahlparteitag zu verschieben, schlugen also fehl, am 21. Juli 1997 entschieden die NKP-Delegierten über ihren Kandidaten - im Sinne Lee Hoi-changs und offensichtlich mit Billigung Kim Young-sams. Die Konstellation auf dem Nominierungsparteitag umfaßte sechs Kandidaten, an zweiter Stelle hinter Lee Hoi-chang anfangs unerwartet den Gouverneur der Provinz Kyonggi Rhee In-je. Das Abstimmungsergebnis war eindeutig: Lee Hoi-chang erhielt im ersten Wahlgang 41,12% der Delegiertenstimmen, Rhee als Zweiter gerade 14,72%; in der Stichwahl war das Ergebnis knapper: Lee erhielt 59,96%, auf Rhee entfielen 40,04%. Dieses knappere Ergebnis war darauf zurückzuführen, daß vier der o.g. fünf nach einer internen Absprache den jeweiligen Zweitplazierten hinter Lee unterstützen würden. Die Abstimmung im ersten Durchgang war so knapp, daß eine zweite Stimmenauszählung vorgenommen wurde. Alle vier Präsidenten seit 1961 entstammten der Region Yongnam oder den Kyongsang-Provinzen, Lee Hoi-chang ist die erste Ausnahme, er stammt aus der Region Chungchong (wie auch Kim Jong-pil), während Kim Dae-jung aus Honam stammt (d.h. vor allem die Cholla-Provinzen) (*KNR*, 26.7.97:7). Wenige Wochen nach der Wahl zum Präsidentschaftskandidaten machte sich Lee an die schwierige Aufgabe, in der NKP Einigkeit herzustellen. Er ermahnte die Fraktionen in der Partei scharf, ihre eigennützigen Strategien aufzugeben und Geschlossenheit zu zeigen. Hintergrund dieser scharfen Ermahnungen waren Gerüchte, die besagten, Lees Gegenkandidaten, der Gouverneur von Kyonggi, Rhee In-je (bei der Wahl Platz 2 hinter Lee), Park Chan-jong und der frühere Ministerpräsident Lee Soo-sung wollten aus der NKP austreten und als Unabhängige antreten (*KH*, 12.8.97).

Die beiden „Oppositions-Kims“ - Kim Dae-jung vom NCNP und Kim Jong-pil von der ULD - hielten sich im Vorfeld des Kandidatenaufgalopps zurück. Kim Dae-jung zog sich von der Tagesarbeit seiner Organisation zurück und bereitete sich offenbar frühzeitig auf seine Rolle als Präsidentschaftskandidat vor, während Kim Jong-pil daran zu arbeiten schien, seine Chancen als gemeinsamer Oppositionskandidat gegen Kim Dae-jung herauszuarbeiten. Schon einmal (1988) hatten die drei Kims (einschließlich des heutigen Präsidenten) durch Zersplitterung eine Niederlage der Opposition herbeigeführt - Roh Tae-woo siegte. Auch 1996/97 zeichnet sich ein Konkurrenzkampf um einen gemeinsamen Kandidaten ab: Am 19. November 1996 veröffentlichte die ULD ein Papier, in dem Kim Dae-jung jede Chance für eine erfolgreiche Kandidatur abgesprochen wurde. Zugleich verzichtete Kim Jong-pil darauf, seine Ideen von einem Kabinettsystem gegenüber dem jetzigen Präsidialsystem weiter zu verfechten. Kim Dae-jung und sein NCNP ihrerseits begannen damit, regionale Wahlkampfbüros aufzubauen - natürlich war für den NCNP nur Kim Dae-jung der vorstellbare Kandidat der Opposition: Eine Spaltung im Oppositionsbünd-

nis war vorprogrammiert (*KNR*, 30.11.96:10). Auch innerhalb des NCNP gab es Spannungen: Kim Dae-jung war zumindest vor dem Wahlparteitag nicht der einzige Bewerber, auch sein Stellvertreter Chyung Dai-chul warb für sich. Er beschwor die regionalen Organisationen des NCNP, sie sollten sich für ihn entscheiden, da die Opposition mit „DJ“ - so die Schlagwortform für Kim Dae-jung - nicht gewinnen könne. Chyung forderte zugleich einen Generationswechsel, womit er natürlich implizierte, daß DJ mit seinen 71 Jahren zu alt sei, allerdings bezog er das auch auf den anderen möglichen Oppositionskandidaten Kim Jong-pil, dessen politische Karriere noch unter Park Chung-hee (1961-1979) begonnen hatte.

Das Ergebnis der Wahlparteitags des NCNP unterstrich die unverändert hohe Popularität DJs: Mit 3.223 Stimmen von 4.157 Delegierten wurde er als Kandidat des NCNP gewählt, Chyung Dai-chul brachte es nur auf 90 Stimmen. DJ wurde auch als Parteichef des NCNP wiedergewählt. Kim Dae-jung wird damit zum vierten Mal als Oppositionskandidat in das Rennen um die Präsidentschaft gehen, er hatte bereits 1971, 1987 und 1992 kandidiert. Kim zielte auf ein Bündnis mit der ULD - natürlich mit ihm als gemeinsamem Kandidaten -, aber innerhalb des NCNP gab es eine starke Minderheit um Chyung Dai-chul, die ein solches Bündnis ablehnte. Ihr durchaus bedenkenwertes Argument: Die ULD verfechte ein Kabinettsystem und wolle damit die Präsidialherrschaft schwächen, damit sei eine Niederlage unvermeidlich (*KNR*, 24.5.97:8/9). Der einflußreiche Bürgermeister von Seoul, Cho Soon, von dem es anfangs auch hieß, er wolle kandidieren, sagt DJ seine Unterstützung zu, immerhin verdankte er seine Wahl zum Bürgermeister in hohem Maße dem Einfluß und Einsatz Kim Dae-jungs. Im August änderte Cho Soon seine Strategie plötzlich: Nun kündigte er an, er werde als Kandidat der kleinen DP antreten; er ersuchte die DP-Führung, ihren Wahlparteitag auf September zu verschieben, er war ursprünglich für August geplant. Die DP würde Cho gern zum Parteichef machen, wenn er sich entscheidet, der Partei beizutreten. Die beiden Oppositionsgruppen waren wütend und enttäuscht: Ihre Versuche, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, wurden nun durch eine unerwartete Variable erschwert. Der NCNP bezeichnete die Kandidatur Chos als „unmoralisch“, Versuche, ihn umzustimmen, wies der Bürgermeister Seouls energisch zurück. Er wolle nicht als Parteichef einer Partei antreten, sondern Kandidat der ganzen Nation sein, betonte Cho. Nicht nur der NCNP, sondern auch die Regierungspartei NKP war besorgt über den Schritt Chos: Lee Hoi-chang und die Führung der Partei befürchteten, daß Lees Gegner bei der Kandidatenaufstellung diesem Beispiel folgen könnten (s.u.) (*KH*, 12.8., 13.8.97).

Ähnlich eindeutig endete die Kandidatenkür der ULD: Kim Jong-pil erhielt 2.575 von 3.190 Stimmen. Kim setzt auf ein Bündnis mit dem NCNP, aber er rechnet auch mit Unterstützung aus konservativen Kreisen der NKP, die er 1995 verlassen hatte, um die ULD zu gründen (*KNR*, 28.6.97:10).

Mitten in die Vorbereitungen der Kandidatenaufstellung stieß Präsident Kim Young-sam mit Vorschlägen zu weitreichenden Reformen der Wahlkampfregeln. Nach seinen Vorstellungen sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Verbot von Massenveranstaltungen und Verbot privater Wahlkampforganisationen.
- Erweiterte Diskussionsrunden der Kandidaten im Fernsehen oder in anderen Massenmedien.
- Einführung eines Systems der öffentlichen Wahlkontrolle.
- Beschränkung privater Aktivitäten zur Spendenwerbung für Wahlkampfkosten.
- Transparenz der Verwendung politischer Gelder (*KNR*, 7.6.97:9).

Präsident Kims Versuch, die Wahlkämpfe zu versachlichen und Korruption auszuschalten, erschien nur wenigen Beobachtern als wirklich überzeugend, es bleibt abzuwarten, ob der Präsident vor dem offiziellen Beginn der Wahlkämpfe (inoffiziell hat der Wahlkampf längst begonnen) seine Maßstäbe durchsetzen kann, Zweifel sind erlaubt.